

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Tarif für Nachgelieferte: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Reichsmark, Postbezugspreis für Monat Juli 1,50 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig.
Die Ausgaben werden nach Gebühren berechnet: die einseitige 30 man urelle Seite 30 Pf., für einzelne 25 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Inhalt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 man urelle Reklamenseite 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertingebühren 10 Pf., Num. Beiträge gegen Voranbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unveränderte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Englands Ziele für die Juli-Konferenz.

Ein englischer Vertragsentwurf über die Durchführung des Gutachtens.

Amerika fordert 250 Millionen Dollar an Okkupationsentschädigungen. — Kündigung der Micum-Verträge zum 1. August?

Der Inhalt der Londoner Einladung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 3. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ verbreitet heute eine im Veltarifler kommentierte Meldung, die den Inhalt der englischen Einladungsnotiz zu der interalliierten Konferenz vom 18. Juli wiedergeben und aus der anscheinend hervorgeht, daß Herr Derriot bei seiner letzten Unterhaltung mit MacDonald bereits so weitgehende Konzessionen gegenüber England gemacht habe, daß die Stellung Frankreichs, wenn dieses auf der kommenden Konferenz durch Derriot vertreten werde, bereits von vornherein als kompromittiert und geschwächt aufzufassen werden müsse. Wie der Korrespondent angibt, werde in dem Einladungsbrief an die Regierungen zunächst erklärt, daß der Sachverständigenplan nunmehr von allen Mächten anerkannt sei. Die Londoner Konferenz werde den ausschließlichen Zweck haben, zu einer Einigung über die Mittel zur Durchführung dieses Planes zu gelangen. Der Sachverständigenplan bringe für Deutschland Verpflichtungen mit sich, die im Verlaufe der Verhandlungen nicht enthalten seien, und es sei infolgedessen notwendig, ein Abkommen vorzubereiten, das der Unterschrift aller Länder unterbreitet werden müsse, die irgendeine Verantwortung für die Ausführung des Planes hätten, d. h. Deutschland ebenso gut wie den alliierten Ländern. Damit dieses Abkommen nicht die Form einer Neuerung im Vertrag annähme, werde ein Protokoll unterzeichnet werden, das die vier folgenden Punkte enthalten soll:

1. Die Signatarmächte treten dem Sachverständigenplan bei.
 2. Zu dem Zeitpunkt, der von der Konferenz festgelegt werde, müssen die Deutschen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen haben, um den Sachverständigenplan auszuführen.
 3. Es wird ein weiterer Zeitpunkt festgelegt, der etwa zwei bis drei Wochen nach dem ersten liegt. In diesem Termin müssen die Alliierten alle wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die gegen Deutschland in Anwendung sind, aufgehoben haben.
 4. Die alliierten Mächte verpflichten sich, keine Sanktionen anzuwenden, falls Deutschland die eingegangenen Verpflichtungen nicht ernstlich verletzt. Jede Verletzung durch Deutschland in der Zukunft wird durch eine neue Organisation geprüft werden, die unabhängig und außerhalb der Reparationskommission steht, da die neuen Verpflichtungen, die Deutschland übernimmt, nicht aus dem Friedensvertrag hervorgehen.
 5. Alle Streitigkeiten über die Auslegung des Protokolls werden durch den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag erledigt.
 6. Die interalliierten Schulden- und die Sicherungsfragen werden von der Beratung ausgeschlossen.
- Vertinax wirft in Berufung auf diese Berichte die Frage auf, ob diese englische Note in ihrem Inhalt von der Pariser Regierung aufgegeben wird. Wenn nicht, dann sei ein Protest erforderlich, wenn ja, dann bedeute das eine sichere Gefahr, die Frankreich bedrohe. Besonders wendet sich Vertinax alsdann gegen die Artikel 3 und 4, die nach seiner Meinung bedeuten, daß Frankreich auf jede Bewegungsfreiheit

verzichte. Besonders bedrohlich erscheine ihm der Artikel, der s. B. geschaffen worden sei, um einer Organisation wie dem Finanzschutz des Völkerbundes die Frage deutscher Richterfällungen zu unterbreiten. Vertinax untersucht die augenblickliche Zusammensetzung dieses Ausschusses, die ihm natürlich ganz und gar nicht bebagt (den englischen Vertreter Niemayer bezeichnet er als von deutscher Herkunft, den zweiten englischen Vertreter in diesem Organismus Strafofs als von ungarischer Herkunft). Er hält diesem Ausschuss die für Frankreich günstige Zusammenlegung der Reparationskommission entgegen. Vertinax befürchtet außerdem, daß London verlangen werde, dieser Ausschuss könne seine Entscheidungen nur einstimmig treffen. Auch gegen die Verweisungen eventueller Auslegungsschwierigkeiten an den Saager Schiedsgerichtshof wendet sich der Veltarifler des „Echo de Paris“. So ist das System, schreibt er, das man für uns vorbereitet. Es ist mit der Durchführung jeder französischen Politik unvereinbar.

Eine offizielle französische Bestätigung.

(Drahtnachricht.)
Paris, 3. Juli. Dasas bestätigt die Ausgaben des Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ über die von der englischen Regierung bei den Einladungen zur Londoner Konferenz beachteten Gesichtspunkte. Die Agentur fügt hinzu: Gestern sei das Gerücht verbreitet worden, daß die Londoner Reparationskonferenz wahrscheinlich einen Aufschub erfahren werde. Dieser Fall scheint nicht eintreten zu sollen. In London werde eifrig an der sachlichen Vorbereitung der Konferenz gearbeitet. Die zur Teilnahme an den Beratungen berufenen Mächte würden, abgesehen von den Vereinigten Staaten, diejenigen sein, die Anspruch auf einen Anteil an der deutschen Entschädigung, gemessen an dem Verteilungsschlüssel von Spa, hätten. In englischen politischen Kreisen erwartet man, daß die Konferenz nur eine Woche dauern und daß die deutsche Regierung ausgedrungen werde. (W. L. B.)

Die französische Einstellung.

Berlin, 3. Juli. Ueber den augenblicklichen Stand der bisherigen Vorverhandlungen für die Londoner Konferenz wird der „Voss. Zig.“ von unterrichteter Seite aus Paris eine Darstellung gegeben, die im wesentlichen besagt, die französische Regierung hält sich mit Bezug auf die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes an den Wortlaut des Sachverständigenberichtes und beabsichtigt, diesen in allen Einzelheiten durchzuführen.
Frankreich hat verlangt, daß die Organisation der im Sachverständigenplan vorgesehenen Kontrolle einem amerikanischen Sachverständigen übertragen werde, damit die Kontrolle nach einheitlichen und unparteilichen Plänen erfolge. Frankreich wird seine Pläne und sein Kontrollsystem in dem Augenblick aufgeben, wo dieses System durch das von den Sachverständigen vorgeschlagene ersetzt werden kann. Der Uebergang von einem System zum anderen wird gleichzeitig (sozusagen systematisch) erfolgen. — Ob durch die vollkommene Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Reichhaltigkeit auch die volle und uneingeschränkte Verwaltungshoheit gewährleistet wird, also s. B. auch die Befreiung der früheren Ausfuhrkontrolle in Ems festzulegen, ist im vorstehenden noch offen gelassen.

Italiens innere Krise.

Die zweite Thronrede.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)
Rom, Anfang Juli.

König Viktor Emanuel III. hat innerhalb weniger Wochen abermals zum Land gesprochen. Das ist ebenso ungewöhnlich, wie der eindringliche Ton der Worte des sonst so schweigsamen Monarchen. Tatsächlich wendet sich Italien in einer Krise, die viel schwerer ist, als man ahnt, als man sich und vor allem den anderen eingestehen will. Auf der einen Seite scharen sich die Gegner des Faschismus zusammen, auf der anderen Seite sucht die moralisch und, wie sich wohl bald erweisen wird, auch zahlenmäßig geschwächte Regierungspartei gegen den Umschwung der öffentlichen Meinung mit allen Mitteln anzukämpfen. Italien ist heute ungeeignet denn je, in beiden Lagern ist eine Reizbarkeit und eine Angriffslust zu bemerken, die das Schlimmste befürchten lassen müssen. Ja, in Bologna wird offen zum Bürgerkrieg geheißen, und in Rom haben die Kommunisten, die der provisorischen Oppositionsliga nicht beigetreten sind, sondern den Moskauer Weisungen folgen, nichts Klügeres zu tun, als am Gedächtnistag für den ermordeten Matteotti eine glücklicherweise rasch durchgeführte Reaktion der Faschisten herauszufordern.

Um den Thron standen Mussolini in großer Uniform und seine alten Minister, die zur Beruhigung der öffentlichen Meinung jetzt neuen Mitarbeitern weichen mußten. Das neue Kabinett sollte, wie das Stichwort hieß, auf einer breiteren parlamentarischen Grundlage aufgebaut sein. Da die Opposition sich ferngehalten hat, ist die Regierungsumbildung nicht sonderlich bedeutungsvoll. In Wirklichkeit bleibt alles beim alten, und der Faschismus regiert auf dem Umweg über Mussolini weiter. Leider ist es nicht nur jener lobenswerte Faschismus, der die Jüge schmerzhaft verlehren läßt, der oft ungerechtfertigten Streiks abgestellt und jetzt schließend das Finanzprogramm der früheren Regierungen zu Ende geführt und den Ausgleich der Staatsbilanz erreicht hat. Unter den Abgeordneten der beiden Parlamente, die die königliche Botenschaft entgegenzunehmen hatten, besanden sich auch typische Vertreter jenes anderen Faschismus, auf den die Mehrheit der Italiener heute gern verzichten würde. Da ist der Senator Morello, der in allwöchentlichen Zeitungsartikeln das italienische Gewissen mit dem ermordeten Deputierten auszuföhnen sucht, indem er nachweist, daß die transalpine Unverschämtheit der Barbaren besser daran läte, sich um ihre eigenen Irlander, ihren Jaurès, Daudet, Plateau, ja auch Bonserjval zu kümmern. Und dann ist Herr Farinacci da, der einen zweiten Kreuzzug von der Bal Pedana aus gegen den „politischen Schweinefall“ Rom predigt. Der in seinem Blatt „Cremona Nuova“ wiederholt zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt auffordert und deshalb von der nichtfaschistischen Presse dem Gerichte angezeigt wurde. Und der auf diese Anzeige antwortet, sie genüge nicht, um das Glaubensbekenntnis der Mehrheit des Faschismus zu unterdrücken, die hinter ihm stehe. Und Sieger bleibe immer der Faschismus, denn er sitze in den Gemeinde- und Provinzverwaltungen und verfüge über die stärksten gewerkschaftlichen, politischen und militärischen Organisationen.

Diese letztere, die Milia, bildet das hauptsächlichste Hindernis für eine Verständigung, die mit den Worten des Königs oder Mussolinis allein nicht erreicht werden kann. Alle Oppositionsparteien verlangen die Auflösung dieser verfassungswidrigen Parteiorgane. Mussolini widersteht sich diesem Anfinnen ganz entschieden. Er handelt damit nicht allein im Sinne seiner verschiedenen Farinaccis, von denen er nicht loskommt und die offenbar härter sind als der händig „mit blindem Gehorsam verehrte“ Duce, sondern wohl auch in der begründeten Furcht, daß diese vielen tausende Mustettere sich nicht sehr willig nachhause schicken lassen werden. Mussolini hat versprochen, daß die Milia auf den König vereidigt werden soll. Und daß sie dann ins Meer ausgenommen wird. Die Deerektion scheint aber eine Politisierung der Truppen zu befürchten, und dann ist es noch sehr fraglich, wie sich die Milia zu diesem Projekt stellen wird, das alle bisherigen Freiheiten und Vorteile ausschalten würde. Angesichts dieser Schwierigkeiten und Zweifel verharret die Opposition vorläufig abwartend auf ihrem unerföhrlichen Standpunkt.

Solange aber dieser Standpunkt aufrechterhalten wird, dessen Aufgabe durch zahlreiche neue Untaten der Farinaccis nicht gerade gefördert wird, ist eine rasche Ausföhnung, ein geordneter Friedenszustand undenkbar. Die Zuversicht, daß die Ermahnung des Monarchen eine ausreichende Wirkung haben wird, ist daher gering. Das Beste, was man hoffen kann, ist eine Verminderung der Reizbarkeit während der Parlamentsferien und während des ruhigen Verlaufs der Unterhandlung, die abgegrenzt erscheint und wohl keine peinlichen Ueberraschungen befürchten lassen muß. De Bono ist dieser Angelegenheit entrückt worden, Rossi und Marinelli sind für die Dauer ihres Aufenthalts im Merker der Ehrenforporalschaft entleibet, Finzi gar aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er mit Enthüllungen drohte. Und schließlich gibt es in Italien keinen Kapitalisten, der nicht erklärt, er wäre an der Finanzierung des „Corriere Italiano“ ganz unbeteiligt. Für eine augenblickliche und notwendige Beruhigung ist das allerdings sehr wertvoll.

Fortdauernde Sabotage der Ruhr-Amnestie.

Immer neue Wohnungsbeschlagnahmen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 3. Juli. Aus dem besetzten Gebiet liegen heute neue Meldungen über Wohnungsbeschlagnahmen durch die Besatzungsarmee vor, so aus Duisburg, Mülheim, Essen und Ruhrort. In Duisburg sind zum 15. Juli 270, in Essen 180 Wohnungen angefordert, die für die Familien der bei der Micum tätigen Ingenieure und Intendantenbeamten benötigt werden.

Zweck und Zukunft der Regie.

Die Regie notwendig für einen Ausmarsch der französischen Armee am Rhein.
Berlin, 2. Juli. Das offiziöse Organ der französischen Besatzungsarmee „Echo du Rhin“ beschäftigt sich in einem unfreilich inspirierten Artikel mit dem Schicksal der französisch-belagerten Eisenbahnregie und der Wiederherstellung der deutschen Eisenbahnhohheit im besetzten Gebiete. Das Blatt gibt zwar zu, daß nach der vorbehaltlosen Annahme des Gutachtens durch die französische Regierung die Notwendigkeit bestehe, an der Wiederherstellung der deutschen Eisenbahnhohheit mitzuarbeiten. Es erklärt aber trotzdem, daß Frankreich aus militärischen Gründen das rheinische Eisenbahnhohheit nicht aus der Hand geben dürfe, denn dessen Besitz sei unbedingt notwendig für die Sicherheit der Besatzungsarmee und noch mehr im Falle einer Gefahr, um die französischen Truppen am Rhein anmarschieren lassen zu können.
Das „Echo du Rhin“ untersucht dann die Frage, ob es möglich sei, eine Lösung zu finden, die zugleich der deutschen Begründung und den französischen Bedenken Rechnung trage, und die die Regiebahn als Pfand in der Hand der Alliierten lasse, wenigstens bis zu dem Augenblick, wo Frank-

reich und Belgien hinsichtlich der Sicherheit und der Reparationen beruhigt sein könnten. Das Blatt kommt zu dem Schluß, im Rahmen der von dem Sachverständigenkomitee vorgeschlagenen deutschen Eisenbahngesellschaft den Betrieb des gegenwärtig von der französisch-belagierten Regie verwalteten Netzes weiterzuführen, allerdings unter deutscher Oberhoheit in Bezug auf Leitung und Ausbentung, Tarif, Personen- und Finanzverwaltung. Eine solche Lösung verlege die Alliierten in die Möglichkeit, im Falle eines deutschen Versagens oder aus einem anderen zwingenden Grunde die Ausbentung des rheinischen Eisenbahnetzes unverzüglich auf eigene Rechnung zu übernehmen. Die Alliierten hätten dadurch sowohl die Quellen der deutschen Reparationszahlungen in der Hand, als auch die Grundbedingung für die Sicherheit ihrer Besatzungsarmee und ihrer Länder.

Der alliierte Militärat für weitere Kontrolle der Ruhrbahnen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 3. Juli. Dasas meldet: Der alliierte Militärat ist Mittwoch früh in Versailles zusammengetreten. Die „Straßburger Neue Zeitung“ meldet: Der alliierte Militärat hat sich aus Gründen der allgemeinen Sicherheit der Besatzungsarmee gegen eine Aufgabe der militärischen Kontrolle über die Eisenbahnen des Ruhrgebietes ausgesprochen. Das Gutachten des Militärates ist auf Antrag einer alliierten Macht gefaßt worden. Ferner ist über die deutsche Antwortnote auf die Entnahmungsorderungen eine ablehnende Antwort gefaßt worden.

Der neue französische Spionagechef reist nach Berlin ab.

(Drahtnachricht.)
Paris, 3. Juli. Der neue Vorkomnde der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, reist heute vormittag nach Berlin ab. (W. L. B.)